

Dokumente zum Tage

Terrorismus in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland, seit bald 30 Jahren alles in allem ungleich besser bewährt als man vor bald 30 Jahren zu hoffen gewagt hätte, findet sich durch den „Terrorismus“ vor ihre bisher wohl schwerste Aufgabe gestellt. Die Mord-, Raub- und Erpressungsbewegung verebbt nicht, wie man gehofft hatte. Im Gegenteil, sie wächst weiter an, und an dieser Steigerung ist der Staat so völlig unschuldig wie an ihren Anfängen. Für eine gerechtere Verteilung der Einkommen, für eine würdige, gleichberechtigte Stellung der Arbeitnehmer in der Gesellschaft und in den Betrieben, für eine Humanisierung der Justiz, Gesetzgebung wie Strafvollzug, hat die seit 1969 im Amt befindliche sozial-liberale Regierung mehr getan als alle ihre Vorgänger zusammengenommen. Denkbarer Weise zuviel, zuwenig sicher nicht.

Die Terroristen kommen, wie unlängst ein hessischer Politiker bemerkte, „nicht aus den Fabriken, sondern von den Hochschulen“. So auch hat der Krieg, den sie führen, nichts mit den „antiimperialistischen Massen“ zu tun, für den sie ihn angeblich führen. Fände eine Befragung unter diesen „Massen“ statt, so würden neun von zehn die Todesstrafe für ihre selbsternannten Erlöser fordern, neunundneunzig von hundert Professoren aber dagegen stimmen.

Diese Revolution findet ohne das Volk statt. Darum meint Bundeskanzler Helmut Schmidt, sie könnte niemals gelingen. Wie gern würde ich auch dessen sicher sein. Aber die Welt ist ein sonderbares Theater, und das, was unmöglich schien, ist schon öfters Wirklichkeit geworden.

Strikt an ihren humanen und liberalen Grundsätzen festzuhalten, ist die Regierung gewillt.

Nur hat das Gesetz, Grundgesetz und Strafgesetz, diese Situation nicht vorgesehen. Sie droht sich zu einem Bürgerkrieg auszuwachsen, wenn auch ganz neuer Art. Die Zahl der Angreifer wurde unterschätzt. Jetzt wird sie mit 1 200 angegeben, bloße Raterei, und wie viele es im Moment sein mögen, sie haben hinter sich Zehntausende von „Sympathisanten“, bereit, indirekt zu helfen und Unterschlupf zu gewähren. Sie haben hinter sich den internationalen Terrorismus mit seinem Milliardenvermögen, seinem ständigen Angebot sicherer Urlaubsasyle.

Zu den Sympathisanten gehören, nebenbei bemerkt, sämtliche „Vertrauensanwälte“, das heißt, frei gewählte Verteidiger jener Mörder, die hinter Schloß und Riegel sind. Drei von ihnen wurden als Erzverbrecher entlarvt, ein vierter wird gewußt haben, warum er nach Frankreich floh. Ein fünfter wurde eben unter dringendem Verdacht der Komplizenschaft verhaftet. Die übrigen konnten bis gestern ihre „Verteidigungspflicht“ weiterhin gänzlich unkontrolliert erfüllen, so wie das Gesetz es vorschreibt.

Zu ihren Pflichten rechnen sie, die weite Welt zu belügen. Während die Terroristen im Gefängnis beispiellose, den bitteren Zorn armer „gewöhnlicher“ Gefangener erregende Privilegien genießen, in sogenannten „interaktionsfähigen Gruppen“ leben, intensivsten — harmlosen? — Kontakt mit der Außenwelt pflegen und, wenn sie nämlich gnädig genug sind, sie einzunehmen, die ausgesuchtesten Speisen erhalten, tun ihre Anwälte den Franzosen, Niederländern, Skandinaviern überzeugend dar, es finde ein „Vernichtungsfeldzug“ gegen ihre Klienten statt, sie würden „langsam hingerichtet“ und so weiter und so weiter, Daß dergleichen Schwindel gern geglaubt wird, liegt zum Teil an Deutschlands dunkler, immer noch auf ihm lastender Vergangenheit. Insoweit ist die Reaktion verständlich, obgleich in diesem Falle ungerecht.

Es liegt auch an den Gesinnungen, die in der französischen Intelligenz zur Zeit vorherrschen. Dort gibt es nicht Zehntausende, sondern Millionen von „Sympathisanten“. Sie kennen die Verhältnisse in der Bundesrepublik nur äußerst vage, und sie sind weit vom Schuß. In „Le Monde“ über die Schönheit von Brutalität und Gewalt zu schwadronieren ist eine Sache, sie zu erleiden eine andere.

Ihre eiserne Treue zu Gesetz und Verfassung, ihre eigenen freundlich humanen Gesinnungen, zuletzt das über Deutschland wachende Argusauge Westeuropas-Amerikas, stets kontrollierend, ob die Deutschen nicht doch geneigt seien, in den Nazismus zurückzufallen — das sind, zusammengenommen, Tendenzen, die eine Bewältigung dieser gefährlichen Heimsuchung nicht erleichtern. Ob es möglich sein wird, sie zu bewältigen, ohne Gesetze zu verändern, weiß ich nicht. Leider habe ich meine Zweifel.

Golo Mann in „Quick“, 15. September 1977

Spiel mit den Spielregeln

Selbst bei ihren mörderischen Angriffen auf die Hüter des Rechts und den Rechtsstaat verlassen sich die Terroristen darauf, daß dieser Rechtsstaat nur rechtliche Mittel gegen die Feinde des Rechts einsetzt. Sie können sich darauf auch verlassen. Dieser Staat könnte die Mörderbande sofort mattsetzen, wenn er in der Wahl der Mittel so skrupellos wäre wie die Terroristen. In der dreisten Taktik der Gewaltverbrecher offenbart sich also, was auf den Pressekonferenzen ihrer Sympathisanten geleugnet wird: Hierzulande vertraut jedermann dem Rechtsstaat; sogar die Terroristen setzen seine Integrität voraus.

Die Sicherheit in Recht und Wohlstand hat freilich viele angeblich Liberale zum Spiel mit der Sicherheit verleitet; viele, die es weit von sich weisen, auch nur Sympathisanten der Terroristen zu sein. Ihr Spiel mit der Sicherheit setzt die Sicherheit, die durch feste Spielregeln verbürgte Ordnung, geradezu voraus. Wer indessen mit den Spielregeln des Rechtsstaates spielt, setzt den Rechtsstaat selbst aufs Spiel und damit auch die demokratische Sicherheit. Dieses frivole Spiel hat Anfang der siebziger Jahre — um das wichtigste Beispiel zu nennen — mit den Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht in Hessen und in Nordrhein-Westfalen begonnen.

Nach der ersten Fassung der hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre sollten die Schüler „prüfen, ob es Situationen gab, gibt, in denen geklärt werden muß, ob (es) zur Sicherung oder Verbesserung demokratischer Verhältnisse notwendig ist, formaldemokratische Spielregeln/Rechte vorübergehend außer Kraft zu setzen“: ein Lernziel, das an drei zentralen Stellen der Richtlinien stand. Es war durchaus kein Zufall, daß es in den Richtlinien für den Schulunterricht wie bei Friedrich Engels „formaldemokratisch“ hieß.

Noch unverblümt manövrierte der Rahmenplan Gesellschaft/Politik für die Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen gegen die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, gegen Recht und Gesetz. Dort hieß es nicht vorsichtig, wie in der hessischen Fassung: „prüfen, ob . . .“, sondern schon „lernen, daß“ es Situationen gebe, in denen geklärt werden müsse, ob zur Sicherung oder Verbesserung demokratischer Verhältnisse „formaldemokratische“ Spielregeln und Rechte vorübergehend außer Kraft zu setzen seien. Die Unterrichtsmaterialien dazu ließen keinen Zweifel daran, daß die Autoren die politische Ordnung der Bundesrepublik verabscheuten und sie, auch unter Verletzung demokratischer Regeln, von Grund auf verändern wollten. Der Rahmenlehrplan selbst war eine eklatante Verletzung der Regel, daß Schüler im Unterricht nicht politisch indoctriniert werden sollen.

Eine Einschränkung oder gar Aufhebung von Rechten bedeutet immer eine Verschlechterung. Zum Schutz der Demokratie kann im äußersten Notfall immer eine Einschränkung individueller Rechte geboten sein. Aber verbessern, und die Richtlinien sprechen ja ausdrücklich auch von Verbesserung, kann man die Demokratie nicht durch die Aufhebung von Rechten und Regeln. Wer das empfiehlt, weiß, daß er zur Durchsetzung seiner Ziele nicht die erforderliche demokratische Mehrheit finden wird. Er unterscheidet sich nur graduell von einem Terroristen, der sich mit Gewalt gegen die Mehrheit durchsetzen will.

Zu viele Kultusminister haben eine Bildungspolitik hart am Rande und oft genug auch etwas außerhalb der Legalität gemacht. Sie selbst standen und stehen in dem Verdacht, eine, so meinen sie wenigstens, Verbesserung der demokratischen Verhältnisse ausgerechnet durch partielle Verletzung von Gesetzen erreichen zu wollen, was eine fatale erzieherische Wirkung hat. Wenn eine Landesverfassung eine bestimmte Struktur des Schulwesens vorschreibt, müßte, will man die Struktur ändern, vorher die Verfassung geändert werden. Statt dessen ändern die Kultusminister in eigenen Bundesländern die Organisation der Schulen und die Lehrerausbildung so, daß am Ende eine Änderung der Struktur logisch zwingend wird.

Wenn das Bundesverfassungsgericht Richtlinien zur Mitbestimmung an den Hochschulen gibt, überlegt man sich in Bremen, wie man diese Richtlinien praktisch umgehen kann, ohne „formal“ dagegen zu verstößen. Mit einer Politik der Nadelstiche versuchen die „Systemüberwinder“ an Schulen und Hochschulen Gesetze und damit auch das Rechtsempfinden aufzuweichen: Boykotts und Blockaden werden als Streiks ausgegeben, beamtete Lehrer maßen sich ein Streikrecht an, studentische Zwangskörperschaften üben ein politisches Mandat aus.

Diese leise Revolution ist viel wirkungsvoller als der laute Terror. Einige Hochschulen sind bereits Enklaven in unserem Rechtsstaat. Wer würde dort zum Beispiel noch wagen, Anzeigen gegen Rechtsbrecher zu erstatten?

Kurt Reumann in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1977

Willy Brandt gestern und heute

1975

Es gelang unserer Polizei, den harten Kern der Terroristen um Baader/Meinhof zu zerschlagen und seine Mitglieder unserer Justiz zu überstellen. Wir haben damit erreicht, daß auf diesem Gebiet in unserem Land seit 1972 wieder Ruhe herrscht. Wir können davon ausgehen, daß auch die versprengten Nachfolger, die jetzt noch von sich reden machen, bald gefaßt sein werden. Damit steht fest: Die Bürger der Bundesrepublik genießen mehr Schutz als in anderen Ländern. Dennoch gibt es bei uns ein öffentliches Klima, das von Unsicherheit und Furcht geprägt ist. Es waren Berichte und Stellungnahmen zu lesen, die bisweilen den Eindruck erweckten, unserem Land drohe der Bürgerkrieg und hinter jeder zweiten Ecke lauere ein Bombenleger. Ich brauche hier nicht im einzelnen darzulegen, daß hier aufgebauscht wird. Offenbar sind manche Kreise bei uns daran interessiert, in der Bevölkerung Unruhe zu verbreiten. Hier wird Angstpropaganda betrieben, die das kriminelle Verhalten einer kleinen Gruppe zur ernsten Bedrohung für unseren Staat hochstilisiert. Ich meine: Solche kalkulierte Hysterie kann für unser Land folgenschwerer sein als die zeitweiligen Umtreibe einiger politischer Nihilisten.

Willy Brandt in der Februar/März-Ausgabe 1975 von „Contact“

1977

In der Nachtstunde, in der ich diese Zeilen schreibe, weiß ich nichts vom Schicksal Hanns-Martin Schleyers. Aber ich bin in großer Sorge: der Mord an den drei Polizeibeamten und dem Fahrer, die Hanns-Martin Schleyer begleiteten, zeigt, daß wir mit äußerster Brutalität und kaltem Willen zur Vernichtung rechnen müssen. Ich denke auch an jene, die die Morde von Köln und die Entführung jetzt wohl als Erfolg feiern — die Terroristen. Es sind Mörder, die mit den Zerstörern der Weimarer Republik auf einer Stufe stehen:

Und ich denke an die Sympathisanten, die durch ihre geistige und praktische Unterstützung den blutigen „Erfolg“ von Köln erst möglich machten. Ohne sie wären die Attentäter hilflos. Sie bilden die ermunternde Kulisse, vor der die Mörder als Helden agieren können.

Willy Brandt im „Vorwärts“, 9. September 1977